

INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Mittwoch, 13. April 2011 23:36
An: steiermark@oegb.at; jakob.zirm@diepresse.com; stefan.riecher@diepresse.com; martina.macher@akooe.at; wien.presse@spoe.at; redaktion@fruehpaedagogik-studieren.de; fw@wko.at; akademie@montessori.at; sabine.mayer@kphvie.at
Betreff: Sammelmeldung 14.04.2011

Plattform EduCare
 elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org



**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES
 VOM 13.04.2011 23:35:25**

TOP-THEMA / MEINUNG / ZUR DISKUSSION

Weg vom Wutbürger - hin zum Mutbürger: BILDUNGSINSTITUTIONEN GRUNDLEGENDE VERÄNDERN!

- [Chancengleichheit!](#)
- [Benachteiligung nicht alleine aufgrund Migrationshintergrund](#)
- [Bildungsbereich ist Job-Motor](#)
- [Was aber tut Österreich? Verzettelung in Föderalismus!](#)
- [Die Bildungsinstitutionen gehören grundlegend verändert.](#)
- [Forderungen für den Elementarbildungsbereich](#)
- [Weg von vordergründigem Sparen](#)
- [Weg von ideologisch verbrämten Argumenten - Weg von Ängsten aufgrund mangelnder organisatorischer Gegebenheiten](#)
- [Weg vom ohnmächtigen Wutbürger – hin zum tätigen Mutbürger!](#)
- [E i n Weg dazu ist die Unterschrift unter das Bildungsvolksbegehren: <http://www.vbbi.at>.](#)
- [E i n Weg dazu sind Bürgerproteste, wie sie sich derzeit in der Steiermark formieren: <http://www.plattform25.at/>.](#)
- [E i n Weg dazu sind Initiativen wie das Elternbündnis Freie Schulwahl: <http://www.freieschulwahl.at>.](#)

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK, BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

[Elementarpädagogische Datenbank](#)

"Bildung auch Holschuld"

[Erzdiözese Wienat Erzdiözese Wien Bildungsvolksbegehren ...](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[Wenn in der heimischen Verwaltung etwas unnötig kompliziert ist, dann ist der Föderalismus meist in der Nähe.](#)

[Und er bewegt sich doch - Der Chef der Gemeinden zeigt indirekt hohe Sparpotenziale in den Kommunen auf.](#)

BÜRGENLÄNDER

Meldungen: keine

KÄRNTEN

Meldungen:
[Ungewisse Kindergarten-Zukunft](#)
[Kärntens g'sundester Kindergarten](#)

NIEDERÖSTERREICH

Meldungen:
[Heuras: "Niederösterreich investiert massiv in Schulen und Kindergärten"](#)

ÖBERÖSTERREICH

Meldungen:
[Kriesterhase bringt Stress für viele berufstätige Eltern: Nächste Woche sind 92 Prozent der Kindergärten geschlossen!](#)
[Linz: Mehr Sprachförderung im Kindergarten](#)

SÄTZBURG

Meldungen: keine

STEIERMÄRK

Meldungen:
[ÖGB Landesvorstand beschließt Kampfmaßnahmen!](#)

TIROL

Meldungen: keine

VORBERG

Meldungen: keine

WIEN

Meldungen:
[SP-Krotsch ad Feldmann: Zielgenaue Maßnahmen für mehr Gleichberechtigung!](#)
[VP-Aigner ad Sprachförderung: An verpflichtender Vorschule bei mangelnden ...](#)

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

[Religion in der Frühpädagogik](#)

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

[Huainigg: Die Einbindung behinderter Menschen als Motor für gesellschaftliche Weiterentwicklungen](#)

KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG

[Fürntrath-Moretto zu Equal Pay Day: Frauen sind treibende Kraft für die Wirtschaft - Frau in der Wirtschaft fordert mehr flexible Kinderbetreuungsplätze und ein Aufbrechen alttradierter Rollenbilder](#)

[Unbezahlte Arbeit ist weiter Frauensache](#)

MÄNNER IM KINDERGARTEN

[Kinderbetreuung: Anteil männlicher Erzieher ist noch immer zu gering](#)

MONTESSORI

[MONTESSORI-DIPLOMLEHRGANG FÜR DAS KINDERHAUS \(Kindesalter 3 - 6 Jahre\)](#)

[REFRESHER-REIHE FÜR KINDERHAUS-PÄDAGOGINNEN](#)

PLATTFORM EDUCARE

[Selbstverständnis](#)
[Forderungen](#)
[Mitglieder](#)
[Presse-Aussendungen](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Internationales Symposium Recht auf Bildung an der KPH Wien/Krems](#)

SONSTIGES

[Equal Pay Day: Wiener ÖVP Frauen-Chefin Philippi fordert Neuorganisation der Arbeit!](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

[Abmeldung von diesem kostenlosen Service](#)

-

TOP-THEMA / MEINUNG / ZUR DISKUSSION

Weg vom Wutbürger - hin zum Mutbürger: BILDUNGSINSITUATIONEN GRUNDLEGENDE VERÄNDERN!

In Österreich sind 278.000 Kinder armutsgefährdet. 326.000 Haushalte mit Kind leben unter der Armutsgrenze. 113.860 Kinder und Jugendliche leben in verfestigter Armut.

Chancengleichheit!

Nicht „nur“ Studien, vor allem auch unsere eigenen täglichen Wahrnehmungen belegen die Nachteile, die Armut für die Sprach- und Intelligenzentwicklung, die schulische Leistungsfähigkeit der Kinder mit sich bringt – und damit für ihr Leben. Mehr Bildungsanstrengungen sind verlangt - von den Betroffenen wie vom Staat.
 Mehr Bildung also für Chancengleichheit.

Benachteiligung nicht alleine aufgrund Migrationshintergrund

Benachteiligte Kinder – und diese kommen beileibe nicht „nur“ aus Schichten mit Migrationshintergrund - sind ganz besonders auf die Qualität öffentlicher Einrichtungen angewiesen. Vorschulische wie schulische. Denn diese Kinder erfahren vielfältige Benachteiligungen und Belastungen: im Arbeits-, Gesundheits-, Wohn-, Bildungs-, Kultur- oder Freizeitbereich u. a. m.
 Gewiss: Armut, Chancenungleichheit alleine auf die Bildungsferne oder auf die Sozialisations- beziehungsweise Kulturdefizite der Betroffenen zurückzuführen ist zu wenig.

Wenn aber in den Familien niemand in der Lage ist, Kinder in ihrer Entwicklung aufmerksam zu begleiten und zu fördern, muss die öffentliche Hand ausgleichend wirken können.

Bildungsbereich ist Job-Motor

Es ist nun einmal so, dass wirtschaftlich Zwänge offensichtlich am ehesten zu Veränderungen drängen: Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise wäre es notwendig, in Bildung und Kinderbetreuung zu investieren.

Nicht ohne Grund sind es vor allem die Sozialpartnerinstitutionen, die hier nachdrücklich und wiederholt zu Veränderungen drängen.

Investitionen in die Bildung lohnen: denn die beschäftigungsintensiven „Branchen“ im Bildungsbereich sind wahre Job-Motoren!

Zwei Fliegen also auf einen Streich: Arbeitsplätze werden heute geschaffen und zukünftige Arbeitslose vermieden.

Was aber tut Österreich? Verzettelung in Föderalismus!

Wir möchten uns hier auf den sogenannten „vorschulischen Bildungsbereich“ beschränken: in Österreich gibt es 8.075 institutionelle Kinderbildungseinrichtungen, davon 4.887 Kindergärten, 1.117 Kinderkrippen, 1.186 Horte und 885 altersgemischte Bildungs-/Betreuungseinrichtungen. Bei über 60 Prozent der „Kindertagesheime“ (Krippen/Krabbelstuben/Kindergärten etc.) sind öffentliche Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) für die Erhaltung zuständig.

Der überwiegende Teil der öffentlichen Einrichtungen wird von den Gemeinden (98,7%) erhalten. Für die Qualität und Quantität sind in erster Linie 9 Länder mit 9 unterschiedlichen Gesetzen, 2.357 Gemeinden und unzählige Institutionen (von Kirchen- und Religionsgemeinschaften bis elternverwaltete Einrichtungen und Einzelunternehmen) sowie 4 Ministerien zuständig.

Was das bedeutet, ist unschwer festzumachen: Qualität- wie Quantitätsstandards sind entsprechend uneinheitlich – und für Eltern, Alleinerziehende, Kinder, ElementarpädagogInnen und TrägerInnen gleichermaßen unbefriedigend.

Die Bildungsinstitutionen gehören grundlegend verändert.

Ein inklusives Bildungssystem von der Kinderkrippe bis zum Ende der Schulpflicht (und darüber hinaus), das allen die selben Chancen für ihre Zukunft bietet, die unsere Mädchen und Buben in ihrer Vielfalt berücksichtigt und fördert, Geschlecht, ethnische, sprachliche und kulturelle Hintergründe, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen, Familienstrukturen, soziale Lage sowie besondere Fähigkeiten und Behinderungen mit einbezieht ist angesagt.

Forderungen für den Elementarbildungsbereich

- ein Bildungssystem, in dem alle Fähigkeiten und Talente der Buben und Mädchen so früh wie möglich erkannt und durch permanente Förderung zur

Entfaltung gebracht werden;

- ein sozial faires Bildungssystem, in dem alle Buben und Mädchen in Österreich Anspruch auf alle gebotenen Chancen haben, unabhängig von Geschlecht, sozialer, kultureller, religiöser oder regionaler Herkunft;
- ein weltoffenes Bildungssystem, das Internationalität und kulturelle Vielfalt als Bereicherung ansieht und den MigrantInnen und ihren Kindern faire Bildungs- und Berufschancen einräumt;
- ein modernes, bürokratieschlankes und weitgehend autonomes Bildungssystem ohne parteipolitische Einflussnahme;
- ein flächendeckendes Angebot an elementarpädagogischen Einrichtungen (Krabbeltuben, Kinderkrippen, Kindergärten...), sowie bundesweite Ganztagsangebote;
- die Gleichstellung der Kindergärten mit den Schulen und der KindergartenpädagogInnen mit den LehrerInnen;
- die Aufwertung des PädagogInnen-Berufes durch gemeinsame tertiäre Ausbildung und einheitliche Besoldung;
- einen verbindlichen Ausbau – und Finanzierungsplan für unsere Bildungseinrichtungen von den Elementarbildungseinrichtungen bis zu den Hochschulen und Universitäten
- die jährliche kontinuierliche Erhöhung der öffentlichen Finanzierung aller Bildungseinrichtungen auf mindestens 2% des BIP im Jahre 2020.

Weg von vordergründigem Sparen

Investitionen in Bildung, Investitionen vornehmlich in elementare Bildung, also vor allem in Kindergärten sind die rentabelste Investition im Erziehungsbereich.

Einsparungen im Bildungsbereich bedeuten sowohl einen bildungs- als auch einen sozialpolitischen Kahlschlag: unser Ziel muss eine gerechtere Gesellschaft mit Chancengleichheit für alle Kinder sein!

Weg von ideologisch verbrämten Argumenten - Weg von Ängsten aufgrund mangelnder organisatorischer Gegebenheiten

Halbtägiger kostenfreier Kindergarten für das letzte Kindergartenjahr geht von der Prämisse aus, das „die Mütter kochbereit an der Pforte stehen“ – „diese Symbolik ist so düster, wie der Missstand, dass das föderal zugewucherte Österreich unfähig ist, ein bundesweites Kindergartengesetz mit einheitlichen Tarifen, Zeiten und Standards zu schaffen“ (Hubert Patterer in der Kleinen Zeitung).

Reformer – auch innerhalb der ElementarpädagogInnen - haben einen schweren Stand – nicht zuletzt auch und besonders deswegen, weil aufgrund vielfacher organisatorischer Mängel jede Erneuerung als Bedrohung gesehen wird.

Die Mehrzahl der PädagogInnen „spürt“ jedoch instinktiv die vorhandenen Mängel – versucht bis zum Ausgebranntsein dagegen anzukämpfen. Fühlt sich aber außerstande, grundlegende Änderungen durchzusetzen – auch aus Angst vor der eigenen Zukunft.

Es liegt an der Öffentlichkeit, den Eltern und den PädagogInnen, hier gegenständig tätig zu werden! „Die Politik“ scheint dazu nicht die Kraft und/oder den Willen zu haben.

Weg vom ohnmächtigen Wirtbürger – hin zum tätigen Mitbürger!

Ein Weg dazu ist die Unterschrift unter das Bildungsvolksbegehren: <http://www.vbbi.at>.

Ein Weg dazu sind Bürgerproteste, wie sie sich derzeit in der Steiermark formieren: <http://www.plattform25.at/>.

Ein Weg dazu sind Initiativen wie das Elternbündnis Freie Schulauswahl: <http://www.freieschulwahl.at>.

Initiativ werden: weg vom Wirtbürger – hin zum Mitbürger!

Siehe auch:

1. <http://www.plattform-edu-care.org/INTERIMS-DNER%20FÜR%20PDF-DATEIEN/ChancebildungFinalPDF.pdf>
2. <http://www.plattform-edu-care.org/Informationsdienstleistungen/Sozialpartnerpapier%20Bildungsdialog%20vom%2002.02.2011.pdf>
3. <http://www.vbbi.at/volksbegehren/forderungen/>
4. <http://www.plattform25.at/2011/03/ausfrage-der-plattform25-25-marz-2011-%e2%80%93-protest-gegen-landesbudget-in-graz/>
5. <http://www.freieschulwahl.at>

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK, BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

Elementarpädagogische Datenbank

„Bildung auch Holschuld“

[Kleine Zeitung](#)

Androsch nahm in der anschließenden Podiumsdiskussion mit Leobens Bürgermeister Matthias Konrad und Wolfhard Wegscheider, Rektor der Montanuniversität, auch Stellung zu aktuellen Fragen des von ihm initiierten Bildungsvolksbegehrens. ...

Erzdiözese Wien at Erzdiözese Wien Bildungsvolksbegehren ...

www.erzdioezese-wien.at ist das Internet-Portal von Radio Stephansdom für die Erzdiözese Wien.

www.erzdioezese-wien.at/content/news/articles/.../a25835/

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote

Wenn in der heimischen Verwaltung etwas unnötig kompliziert ist, dann ist der Föderalismus meist in der Nähe.

Angst vor dem gläsernen Menschen braucht in Österreich niemand zu haben. Zumindest dann nicht, wenn er nicht in jenem Bundesland arbeitet, in dem seine Firma beheimatet ist. Dann kann die Behörde nämlich nicht einmal auf die einfachsten Daten der Sozialversicherung zurückgreifen. Wäre ja noch schöner, wenn die Wiener Finanzpolizei auf Baustellen in Wien so mir nichts dir nichts auch oberösterreichische Firmen kontrollieren könnte. Da muss vorher schön artig in Linz um Erlaubnis und Auskunft angefragt werden. Dass dadurch ein tolles Schlupfloch für den gewerblichen Sozialbetrug geschaffen wurde, ist nicht so schlimm. Das muss uns die „Bürgernähe“ des föderalen Systems einfach wert sein.

Mit dieser „Bürgernähe“ wird von den 77 Mitgliedern der neun Landesregierungen und den 448 Landtagsabgeordneten ja immer ihre sauteure Existenz gerechtfertigt. Eine Bürgernähe, die etwa Situationen schafft, wonach für Fünfjährige, die wenige Meter hinter der Wiener Stadtgrenze wohnen, der Kindergarten in Wien bezahlt werden muss– trotz Gratiskindergartens in beiden Bundesländern. Selber schuld, wer sein Kind nicht in der Nähe des Wohnortes, sondern bei der Arbeitsstätte in den Kindergarten gibt, so die verklausulierte Aussage der zuständigen Stellen.

Der Schmah mit der „Bürgernähe“ ist nämlich genau das – ein Schmah. Als ob die Burgenländer so andere Bedürfnisse hätten als die Tiroler; in einer globalisierten Welt, in der ein Großteil der Gesetze ohnehin in Brüssel für ganz Europa gemacht werden. In Wirklichkeit ist der heimische Föderalismus eine neunfachgleisige teure Folklore-Veranstaltung, die zusätzlich auch noch für ein Verantwortungswirrwarr sorgt.

Vor einem echten Föderalismus nach Schweizer Vorbild – in dem die Kantone nicht nur Geld ausgeben, sondern auch selbst Verantwortung übernehmen und Steuern eintreiben – haben die heimischen Landespolitiker ja Angst. Darunter würde ihre gemütliche Popularität leiden, weshalb sie entsprechende Vorstöße des Bundes bisher erfolgreich abgeblockt haben. Man sollte dieses Verhalten als Eingeständnis der eigenen Unnötigkeit werten und den richtigen Schluss daraus ziehen: und zwar, dass die Bundesländer in ihrer derzeitigen Form abgeschafft gehören.

E-Mails an: jakob.zirm@diepresse.com

Und er bewegt sich doch - Der Chef der Gemeinden zeigt indirekt hohe Sparpotenziale in den Kommunen auf.

Wenn der oberste Bürgermeister Österreichs sagt, dass die perfekte Größe einer Gemeinde zwischen 2000 und 5000 Einwohnern liegt, dann ist das bemerkenswert. In 1472 der 2357 Kommunen Österreichs leben nämlich weniger als 2000 Menschen. Indirekt gibt Gemeindebund-Präsident Mödlhammer damit zu, dass in der Struktur ziemlich alles falsch läuft, was nur irgendwie falsch laufen kann.

Freilich wäre Mödlhammer kein guter Standesvertreter, würde er nicht im selben Atemzug seine Kommunen in Schutz nehmen. Eine Zusammenlegung von Gemeinden komme nicht infrage. Vielmehr sei bei den Landtagen anzusetzen. Deren Abgeordnete brauche man viel weniger als die 2357 Bürgermeister.

Einzig, warum man nicht Gemeinden zusammenlegen und Landtagsabgeordnete abbauen kann, wird wohl nur Mödlhammer beantworten können. Angesichts der explodierenden Schulden auf allen föderalen Ebenen wäre das ein Gebot der Stunde. Die Vertreter der Republik sollten den Aufruf des Gemeindebundes als Chance wahrnehmen. Es scheint, dass sich Mödlhammer durchaus bewegen ließe, wenn auch Bund und Länder zum Sparen bereit wären. Aus einer Verwaltungsreform wird dann vielleicht doch noch irgendwann etwas. Auch, wenn es niemand mehr glauben mag.

E-Mails an:
stefan.riecher@diepresse.com

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

Ungewisse Kindergarten-Zukunft

[Kleine Zeitung](#)

Der Kindergarten "Du & Ich" bleibt bis 2012 in der Waisenhauskaserne. Statt des Neubaus könnte er dann in die Feldkirchner Straße umziehen. Der Kindergarten "Du & Ich", der in der halb abgerissenen Waisenhauskaserne in Klagenfurt untergebracht ist und ...

Kärntens g'sundester Kindergarten

[Kleine Zeitung](#)

Der AVS-Kindergarten St. Kanzian praktiziert gesunde Ernährung, Bewegung und Entspannung. Dafür wurde er mit der begehrten "Isis Noreia" prämiert. Das ist Dank und Wertschätzung für alle", spricht Karin Wank, Leiterin des AVS-Kindergartens St. Kanzian, ...

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noe.gv.at

Meldungen:

Heuras: "Niederösterreich investiert massiv in Schulen und Kindergärten"

Utl.: Geschäftsbericht des Schul- und Kindergartenfonds:
Investitionsvolumen von rund 273 Mio. Euro unterstützt =

St. Pölten (OTS/NÖI) - "Der Geschäftsbericht des Schul- und Kindergartenfonds zeigt eindrucksvoll, den hohen Stellenwert von Schulen und Kindergärten für das Land Niederösterreich. Insgesamt wurden 2010 seitens Land und Gemeinden 273 Mio. Euro investiert - davon entfallen jeweils rund 135 Mio. Euro auf Schulen sowie Kindergärten", informiert Bildungslandesrätin Heurits zum Geschäftsbericht des Schul- und Kindergartenfonds 2010.

Der niederösterreichische Schul- und Kindergartenfonds unterstützt die Gemeinden bei der Finanzierung ihrer Projekte. Insgesamt wurden vergangenes Jahr über 81 Mio. Euro an Förderungen an die Gemeinden ausbezahlt. Dazu der Bildungslandesrätin: "Gerade was die Erhaltung der Schulen und Kindergärten sowie deren Ausstattung betrifft, steht Niederösterreich hervorragend da. Unsere Investitionen in diesen Bereich waren in den vergangenen Jahren mehr als beachtlich, denn bei der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen haben wir nicht gespart!" Tatsächlich wurden durch den Schul- und Kindergartenfonds "seit dem Jahr 2000 mehr als 485 Millionen Euro an Förderungen ausbezahlt."

"Unser nächster Schritt wird - wie bereits angekündigt - die Überarbeitung der Förderrichtlinien sein. Wir wollen eine Neuorientierung an pädagogische, räumliche und energetische Rahmenbedingungen vorantreiben, um das bestmögliche Umfeld für unsere Kinder gewährleisten zu können", so Heurits.

Rückfragehinweis:

Volkspartei Niederösterreich
Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 02742/9020 DW 141
www.vpn.orf

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.orf/pressemappe/167/orf>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

Osterhase bringt Stress für viele berufstätige Eltern: Nächste Woche sind 92 Prozent der Kindergärten geschlossen!

Linz (OTS) - Sollte 92 Prozent der oberösterreichischen Kindergärten sind in den Osterferien geschlossen. Bundesweit schließen 79 Prozent der Kindergärten, in Wien nur 23 Prozent. Die Arbeiterkammer fordert, dass sich die Öffnungszeiten mehr an den Bedürfnissen der Eltern orientieren. "Längere Öffnungszeiten bringen zudem mehr Zeit für Frühförderung und bessere Chancen für unsere Kinder", sagt AK-Präsident Dr. Johann Kallinuer.

Speziell in Ferienzeiten wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für viele Eltern zu einer echten Herausforderung. Denn in Oberösterreich sind Kindergärten, Krippen und Horte (mit Ausnahme der Semesterferien) in einem wesentlich höheren Ausmaß geschlossen als im Bundesschnitt. Nicht nur fast alle Kindergärten, auch 71 Prozent der oberösterreichischen Kinderkrippen sind in den Osterferien geschlossen. Zum Vergleich: In ganz Österreich sind 33 Prozent der Kinderkrippen geschlossen und in Wien nur 14 Prozent. Viele Eltern müssen deshalb Urlaub nehmen.

Aber auch die täglichen Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen lassen in Oberösterreich zu wünschen übrig. Ein Drittel der Krippen und 40 Prozent der Kindergärten schließen vor 15 Uhr. Der Anteil der Einrichtungen mit Öffnungszeiten von mehr als zehn Stunden liegt unter dem Bundesschnitt.

Vom sogenannten Barcelona-Ziel ist Oberösterreich bei den Kindern unter drei Jahren noch meilenweit entfernt. Im Jahr 2002 haben die EU-Regierungschefs unter anderem vereinbart, für mindestens ein Drittel der Kinder unter drei Jahren Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen. In Oberösterreich gibt es eine solche Betreuungsmöglichkeit für nur 9,4 Prozent der Kinder, lediglich die Steiermark hat eine noch schlechtere Quote.

Bei den Drei- bis Fünfjährigen ist die Betreuungsquote in Oberösterreich mit 90,6 Prozent zwar hoch. Allerdings sind nur 6,6 Prozent der Kindergartenplätze mit einer Vollzeitbeschäftigung vereinbar. Im benachbarten Salzburg sind es immerhin 24,3 Prozent, in Wien sogar 85,3 Prozent.

Die Arbeiterkammer fordert eine Umsetzung des Barcelona-Ziels bei den Unter-Dreijährigen bis spätestens zum Jahr 2015. Eigentlich hätte das Ziel bereits 2010 erreicht sein sollen. Der Anteil der Kindergartenplätze, die mit einer Vollzeitbeschäftigung vereinbar

sind (mindestens 45 Stunden wöchentliche Öffnungszeit, an vier Tagen pro Woche mindestens 9,5 Stunden geöffnet, Angebot Mittagessen, maximal fünf Wochen im Jahr geschlossen) soll bis zu diesem Zeitpunkt auf 45 Prozent steigen.

Rückfragehinweis:

Arbeiterkammer Österreich, Kommunikation
Martina Macher
Tel.: (0732) 6906-2190
<mailto:martina.macher@ak.tirol.at>
<http://www.arbeiterkammer.com>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/21/a>

*** ÖTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.ÖTS.AT ***

Linzer Sprachförderung im Kindergarten

nachrichten.at

Im Herbst startet die Stadt ihr neues Modell zur Förderung von Kindern mit Sprachdefiziten im Kindergarten. Ab dem ersten Jahr üben Pädagoginnen in Gruppen von bis zu acht Kindern drei Mal pro Woche bis zu 120 Minuten pro Einheit. ...

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen: keine

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

ÖGB Landesvorstand beschließt Kampfmaßnahmen!

Der ÖGB Steiermark hat in einer Sitzung des Landesvorstandes am 11. April über die Sparpläne der Steiermärkischen Landesregierung eine ausführliche Diskussion abgehalten. Darin wurde auch festgehalten, dass Maßnahmen welche zur nachhaltigen Sanierung der Landesfinanzen notwendig sind, auch auf Verständnis stoßen und dem Grunde nach mitgetragen werden könnten. Diese Botschaft haben wir nicht nur am Beginn unserer Aktivitäten am 17.03. gestellt, sondern auch bei den mittlerweile zahlreich durchgeführten Gesprächen betont.

Bei dem heute vereinbarten Gespräch – mit unseren ÖGB Vertretern Horst Schachner und Franz Haberl und den beiden Landesspitzen Voves und Schützenhöfer – wurden unsere im Landesvorstand besprochenen Forderungspunkte zur Beseitigung der sozialen Hürden, aber vor allem der Ansatz auch einnahmenseitige Budgetverkehren zu treffen vorgelegt und diskutiert. Leider konnte darüber kein Einvernehmen hergestellt werden.

Daher sind wir als freiwillige Interessensvertretung gefördert öffentlichkeitswirksame Maßnahmen einzuleiten.

Der ÖGB Landesvorstand hat einstimmig beschlossen, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu planen und diese am Dienstag, dem 26. April 2011 (Beginn 16.30 Uhr) in Graz eindrucksvoll durchzuführen.

Das ÖGB Präsidium wird morgen in einer Sitzung am Nachmittag über die Details dieser Demonstration beraten und euch diese bekannt geben.

<http://egbdem.wirdpress.com/>

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

SP-Kratsch ad Feldmann: Zielgenaue Maßnahmen für mehr Gleichberechtigung!

Wien (OTS/SPW) - "Umfassende Förderungsmaßnahmen, eine verstärkte Koppelung öffentlicher Aufträge an Frauenförderung, flexible beitragsfreie Kinderbetreuung, Einkommenstransparenz oder ein Wiener Gleichstellungsmittler - das sind nur einige Maßnahmen, die in Wien im Sinne der Gleichberechtigung umgesetzt werden. Das beweist: Wien zeichnet eine verantwortungsvolle Frauenpolitik aus, die sich stets für die Gleichberechtigung der WienerInnen einsetzt!", hielt die Frauensekretärin der SPÖ Wien, LAbg. Nicole Krütsch in einer Replik auf die Wiener ÖVP-Frauensprecherin, Barbara Feldmann fest. Söcklinge zum Beispiel innerhalb des Wiener Magistrats seit 1997 eine Frauenquote für Führungspositionen zur Anwendung. Damit könnte der Anteil von Abteilungsleiterinnen erfolgreich von fünf auf 36 Prozent erhöht werden.****

Aufgrund der aktiven Frauenpolitik habe Wien österreichweit die höchste Frauenerwerbsquote, die Wienerinnen verfügen zudem über die beste Ausbildung und profitieren vom geringsten Einkommensunterschied. "Wir bekennen uns absolut zur Gleichstellung der Geschlechter als politisches Ziel und werden alles daran setzen, dieses rasch zu erreichen!", so Krütsch. In diesem Zusammenhang verwies die Frauensekretärin auch auf die umfangreichen Angebote des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff), mit dem die Stadt als einziges Bundesland umfangreiche Programme bietet, die auch speziell auf Frauen zugeschnitten sind. Ob Fortbildungsmaßnahmen oder gezielte Unterstützung, um beispielsweise nach der Karenz rasch wieder in den Beruf einsteigen zu können. Krütsch informierte hierzu auch, dass die finanziellen Mittel für die Frauenförderprogramme des waff um 1,4 Millionen Euro erhöht wurden und mehr als 60 Prozent der waff-KundInnen Frauen seien: "Das ist ein Beweis dafür, dass diese Maßnahmen zielgenau die Bedürfnisse der Wienerinnen abdecken".

"Zudem entscheiden sich immer mehr Frauen durch weitere Maßnahmen wie den Gratikindergarten für einen Wiedereinstieg", stellte Krütsch fest und unterstrich abschließend: "Für uns steht fest: Jede Frau soll selbstbestimmt, unabhängig und sicher leben können. Daran arbeiten wir mit vollem Einsatz und unterstützen alle Wienerinnen mit einer aktiven Frauenpolitik!" (Schluss) nk

Rückfragehinweis:
 Pressedienst der SPÖ Wien
 Tel.: +43 1 534 27/222
<mailto:wien.presse@spoe.at>
<http://www.wien.spoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/197/atom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

VP-Aigner ad Sprachförderung: An verpflichtender Vorschule bei mangelnden ...

APA OTS (Pressemitteilung)
 Wien (OTS) - Erfreut zeigte sich heute der Bildungssprecher der ÖVP Wien, LAbg. Wolfgang Aigner, dass die Botschaft der ÖVP Wien, dass Deutsch wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Bildungsweg ist, nun endlich auch die Damen und Herren der ...

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Religion in der Frühpädagogik

Es gibt viele Gründe, das Thema Religion in die Arbeit mit Kindern aufzunehmen. Warum das so sein sollte, erklären zwei ExpertInnen.

Elke Alsag, Diakonin und Sozialpädagogin, ist Leiterin des Studiengangs "Soziale Arbeit und Diakonie – Frühkindliche Bildung" (B.A.) an der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie Hamburg. Der Studiengang qualifiziert MitarbeiterInnen aus dem Feld der frühkindlichen Erziehung, Bildung und Betreuung im Hinblick auf religionspädagogische Aspekte weiter. Im [Interview](#) spricht Frau Alsag darüber, warum die Hochschule den Studiengang eingerichtet hat und was die Studierenden dort lernen.

Prof. Dr. Matthias Hugoth ist Theologe und Pädagoge. Er war Referent beim Deutschen Caritasverband sowie beim Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK). Er ist Professor für Erziehungswissenschaft und Elementarpädagogik an der Katholischen Hochschule Freiburg und leitet dort auch den Studiengang "Management von Erziehungs- und Bildungseinrichtungen" (B.A.). Herr Hugoth erläutert im [Interview](#), wie religiöse Bildung in der Kita umgesetzt werden sollte und warum sich Studierende frühpädagogischer Studiengänge mit Religionspädagogik befassen sollten.

Redaktion "Frühpädagogik studieren!"
 Fachhochschule Koblenz
 Campus Remagen
 Südallee 2
 53424 Remagen
 E-Mail: redaktion@fruehpaedagogik-studieren.de
www.fruehpaedagogik-studieren.de

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

Hainigg: Die Einbindung behinderter Menschen als Motor für gesellschaftliche Weiterentwicklungen

Utl.: ÖVP-Behindertensprecher sprach in Deutschland vor Merkel und

Behindertenvertreterorganisationen =

Wien (OTS/ÖVP-PK) - "Was ist Glück?" so lautete der Titel der Rede des ÖVP-Sprechers für Menschen mit Behinderung, Abg. Dr. Franz-Joseph Huainigg, vor 300 Behindertenvertreterorganisationen und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin. Auf Einladung des Behindertenbeauftragten der deutschen Bundesregierung war Huainigg gestern, Dienstagabend, zum Jahresempfang des Behindertenbeauftragten der deutschen Bundesregierung gekommen.

Für Huainigg selbst, der nach einer Impfung im Kindesalter im Rollstuhl sitzt und beatmet werden muss, bedeutet Glück, "einen Elektrorollstuhl zu fahren, als Halsschmuck den Schlauch der Beatmungsmaschine zu tragen, mit einer Atemkanüle zu atmen, mit meiner neunjährigen Tochter Mensch-ärgere-dich-nicht zu spielen und mit meiner Familie leben zu dürfen."

Selbst bestimmtes Leben als politisches Programm der Behindertenbewegung

Für 90 Prozent der Bevölkerung sei selbstverständlich, wofür behinderte Menschen tagtäglich kämpfen müssen, etwa der Besuch von Kindergarten und Schule, Fahren mit Bus und Bahn, einer Arbeit nachzugehen, eine Familie zu gründen, zählte Huainigg auf. "Für die europäische Behindertenbewegung ist ein selbst bestimmtes Leben das politische Programm." Die UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen gebe die Zielsetzung vor: Gleichberechtigte Teilhabe in Kindergarten, Schule und Beruf, persönliche Assistenz zur Umsetzung eines selbstbestimmten Lebens und auch das Recht auf Leben schon vor der Geburt.

Diese Rahmenbedingungen forderten Menschen mit Behinderung zu Recht ein, die Umsetzung könne nur in Zusammenarbeit mit Betroffenen auf gleicher Augenhöhe gelingen. Huainigg: "Das Bild vom bemitleidenswerten behinderten Menschen, dem man vor allem helfen muss, seinem "untragbaren" Leben ein Ende zu setzen, ist komplett zu revidieren. Erlösung sieht anders aus. Nicht der Mensch ist behindert, er wird behindert."

Im eigenen Körper gefangen, aber glücklich

Eine Studie zeige, dass der Großteil völlig gelähmter Menschen mit ihrer Lebenssituation ebenso zufrieden ist wie gesunde Menschen. Ausschlaggebend sind dafür soziale Kontakte, Beziehungen, Pflege und eine aktive Teilhabe am Leben sowie die Kommunikation, die oft mit Hilfe von Computern durchgeführt wird. In diesem Zusammenhang betonte Huainigg seine "tiefste Überzeugung, dass wir keine Euthanasiegesetze brauchen. Es geht nicht um selbstbestimmtes Sterben, es geht um ein selbstbestimmtes Leben! Für mich sind Euthanasiegesetzgebungen mit dem Wertekanon Europas absolut nicht zu vereinbaren."

Im deutschen Grundgesetz sei die Menschenwürde verankert, und im deutschen Bundestag gebe es die Möglichkeit von Gewissensentscheidungen zu Ethikfragen. "Das sind Dinge, um die ich Deutschland beneide", betonte Huainigg in seiner Rede. "Auch im österreichischen Parlament könnten wir uns doch mit ethischen Fragen wie Präimplantationsdiagnostik oder Pränataldiagnostik auseinandersetzen."

Die Inklusion behinderter Menschen könne Motor für gesellschaftliche Weiterentwicklungen sein, fuhr Huainigg fort und verwies etwa darauf, dass die Inklusion behinderter Kindern die Schule verändert habe. "Eltern behinderter Kindern haben bei ihren Entscheidungen oft den schwierigeren Weg genommen. Sie mussten sich die Integration erkämpfen. Als Politiker müssen wir das zum Maßstab nehmen und Mut zu nachhaltigen Lebensentscheidungen statt stimmträchtigen Konsumententscheidungen aufbringen."

In diesem Zusammenhang kam Huainigg abschließend auf den Literaturpreis Ohrenschmaus (www.ohrenschmaus.net) zu sprechen, der "Autorinnen und Autoren sucht, wo man sie üblicherweise nicht vermutet: In der Küche von Wohngemeinschaften, in einer Kunstwerkstatt oder im Gemeinschaftsraum eines Wohnheimes. Dabei werden andere Sichtweisen auf die Welt von lernbehinderten Menschen gesucht, die sonst nicht zu Wort kommen." Der Literaturpreis wurde von Huainigg selbst vor fünf Jahren ins Leben gerufen. Er wird heuer zum fünften Mal in den Kategorien Lebensberichte, Prosa und Lyrik vergeben. Einreichungen sind bereits möglich: Bis 31. August 2011 sucht die Jury wieder herausragende Texte, die LeserInnen neue Einblicke ermöglichen und zur Vielfalt der Literaturlandschaft beitragen sollen.

Ein Foto zu der Veranstaltung in Berlin kann in Kürze auf unserer Homepage www.oevpklub.at abgerufen werden. (Schluss)

Rückfragehinweis:

Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs
Tel.: 01/40110/4436
<http://www.oevpklub.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/169/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG

Fürntrath-Moretti zu Equal Pay Day: Frauen sind treibende Kraft für die Wirtschaft - Frau in der Wirtschaft fordert mehr flexible Kinderbetreuungsplätze und ein Aufbrechen alttradierter Rollenbilder

Wien (OTS/PWK277) - Anlässlich des Equal Pay Day weist Adelheid Fürntrath-Moretti als Vertreterin der über 100.000 Unternehmerinnen in Österreich auf die wesentliche Schlüsselrolle von Frauen - auch angesichts der demographischen Entwicklung und prognostizierten Überalterung in Europa - hin: "Frauen sind Eckpfeiler der Wirtschaft und müssen auch so behandelt werden," so die Vorsitzende von Frau in der Wirtschaft (FiW).

Aufbrechen alttradierter Rollenbilder

Ursachen der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern liegen unter anderem darin, dass Frauen in jenen Branchen mit unterdurchschnittlichen Löhnen überproportional vertreten sind. Hier sei vor allem ein Aufbrechen alttradierter Rollenmuster ganz wesentlich - das beginne schon im Vorschulalter, in der pädagogischen Erziehung und in weiterer Folge in der Berufsberatung. "Nach wie vor orientieren sich Männer und Frauen bei der Berufswahl an traditionellen Rollenbildern - Stereotype setzen sich leider noch immer durch", so Fürntrath-Moretti.

Flexible und leistbare Kinderbetreuungsplätze notwendig

Ganz wesentlich ist auch, dass Frauen aufgrund von Unterbrechungen für Kinderbetreuung kürzer am Arbeitsmarkt sind und ihnen daher Berufserfahrung fehlt. Dem könnte gemäß Studien durch einen Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen entgegengewirkt werden. "Was wir unbedingt brauchen, ist ein flexibleres, leistbares und flächendeckendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen, denn Frauen werden nur dann die gleichen Chancen erhalten, wenn sie in ihrer aktiven Erwerbstätigkeit mit fördernden Maßnahmen unterstützt werden", zeigt sich Fürntrath-Moretti überzeugt. Außerdem sei es längst an der Zeit, die Höhe des Wochengeldes für Unternehmerinnen an jenes der unselbstständig Beschäftigten anzugleichen. (ES)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich, Frau in der Wirtschaft
Mag. Elisabeth Zehetner
Tel.: Tel.: (+43) 0590 900-3018
mailto: fiw@wko.at
<http://wko.at/unternehmerin>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER

Unbezahlte Arbeit ist weiter Frauensache

WELT ONLINE

Berlin - Frauen arbeiten deutlich häufiger unbezahlt als Männer - vor allem, weil sie sich um Haushalt, Kindererziehung und Pflege kümmern. Das geht aus einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor. ...

[OECD: „Unbezahlte Arbeit ist meistens Frauensache“](#) FOCUS Online

[OECD-Studie: Frauen arbeiten 3,6 Stunden am Tag unbezahlt](#) Augsburger Allgemeine

[Noows.de](#)

[Alle 36 Artikel »](#)

MÄNNER IM KINDERGARTEN

Kinderbetreuung: Anteil männlicher Erzieher ist noch immer zu gering

T-Online

Die Zahl der männlichen Erzieher steigt in Deutschland an - zu gering ist sie trotzdem noch. (Foto: imago) Jungs benötigen auch Männer als Erzieher und Lehrer - so der allgemeine Tenor. Und tatsächlich: Es gibt immer mehr männliche Erzieher und ...

[Beruf: Kinderbetreuung als Beruf für Männer attraktiver](#) n-tv.de NACHRICHTEN

[Mehr Männer in der Kinderbetreuung tätig](#) Prenio

[Alle 47 Artikel »](#)

MONTESSORI

MONTESSORI-DIPLOMLEHRGANG FÜR DAS KINDERHAUS (Kindesalter 3 - 6 Jahre)

In diesem Lehrgang erlangt man das nötige Wissen und Können, um in Montessori-Kinderhäusern und -Kindergruppen zu arbeiten. 37 Kurstage in 3- bis 4-tägigen Modulen verteilt auf 5 Semester.

Start mit Modul 1: 25. - 28. Mai 2011
ANMELDESCHLUSS: 7. MAI 2011

REFRESHER-REIHE FÜR KINDERHAUS-PÄDAGOGINNEN

Bekanntes und Neues für das Montessori-Kinderhaus. Auffrischung des Gelernten oder Schnupperabend für Montessori-Neulinge.
Dienstag, 3. Mai 2011, 18.30 Uhr
Thema: Die Grammatik

Montessori-Zentrum
Hüttelbergstraße 5
A-1140 Wien
Montag bis Freitag
9 - 17 Uhr geöffnet
Tel.: +43 (0)1 911 69 69
Fax: +43 (0)1 911 69 69-20
www.montessori.at
akademie@montessori.at

PLATTFORM EDUCARE

- Selbstverständnis
- Forderungen
- Mitglieder
- Presse-Aussendungen

Wir ersuchen alle Mitglieder, EmpfängerInnen des Informationsdienstes und SympathisantInnen, unsere Arbeit für Sie mit einem finanziellen Beitrag zu unterstützen.

Ein Richtwert für Private könnte etwa eine Zuwendung von € 50,00 sein; jeder andere Betrag ist uns selbstverständlich Hilfe und herzlich willkommen.

TrägerInnen-Einrichtungen und Institutionen sind ersucht, einen Betrag von € 100,00 aufwärts zu spenden. Auch hier gilt natürlich, dass wir auch über jeden anderen Beitrag froh sind.

**Konto-Nummer: 09726603500,
Bankleitzahl: 12000 Bank Austria Unicredit Group
IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500
BIC: BKAUATWW**

Wir danken Ihnen für Ihre Einzahlungen im Vorhinein sehr herzlich!

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events

Internationales Symposium Recht auf Bildung an der KPH Wien/Krems

[alt="Bild zur Presseaussendungen" title="http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20110413_OTS0210&mabo=1">](http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20110413_OTS0210&mabo=1) alt=Fotocredit>
Wien (OTS) - Das Recht auf Bildung ist ein Thema, das uns alle trifft und betrifft. Fragen wie

- Bildung: exklusiv oder inklusiv?
- Welche Chancen auf Bildung haben unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Österreich?
- (Menschen)recht auf Standards?
- Lernkultur und zukunftsweisende Raumgestaltung?
- Das Recht auf Bildung: ein Leben lang?
- sind aktuell und durchaus sperrig. Die KPH Wien/Krems lädt Sie daher sehr herzlich zum Internationalen Symposium Recht auf Bildung ein.

Zentraler Dreh- und Angelpunkt sind die Vorträge der beiden international renommierten Universitäts-Professoren Dr. Gottfried Biewer (Universität Wien) zum Thema "Die UN-Behindertenrechtskonvention und das Recht auf Bildung" und Dr. Walter Kirchschräger (Universität Luzern) zum Thema "Als Gottes Abbild: Die Würde des Menschen als Ausdruck seiner Identität".

Zahlreiche verschiedene Workshops behandeln inhaltliche Schwerpunkte rund um die Frage der Realisierung des Rechts auf Bildung, vor allem bezogen auf jene Gruppen, deren Bildungsrecht gefährdet ist. Das Programm präsentiert sich praxisbezogen und nach Schwerpunkten der Realisierung des Bildungsrechts differenziert. Somit stellt das Symposium für all jene, die an der Vernetzung von Bildung mit allen anderen Lebensbereichen interessiert sind, einen bedeutenden Termin dar. Zwischen den Vorträgen und Workshops bieten sich in den Pausen zahlreiche Gelegenheiten, sich mit anderen Teilnehmenden auszutauschen sowie nationale und internationale Kontakte zu knüpfen.

Das detaillierte Programm erhalten Sie unter <http://pro.kphvie.at/bildungsrecht>. Dort können Sie sich auch elektronisch für die kostenlose Veranstaltung anmelden.

Mit der Veranstaltung dieses Symposiums stärkt die KPH Wien/Krems, federführend hier natürlich das Kompetenzzentrum Menschenrechtspädagogik, die Forderung nach mehr Dialog zwischen Verantwortlichen für Bildung, Religionen, Medien und Menschenrechtsorganisationen.

Internationales Symposium Recht auf Bildung an der KPH Wien/Krems

Datum: 18.4.2011, 09:00 - 17:00 Uhr
Ort: KPH Wien/Krems Campus Wien-Strebersdorf
Mayerweckstraße 1, 1210 Wien

Rückfragehinweis:
Sabine Mayer
Presse und Kommunikation
Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien/Krems
Tel.: 0664 610 13 29, <mailto:sabine.mayer@kphvie.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/5886/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

SONSTIGES

Equal Pay Day: Wiener ÖVP Frauen-Chefin Philippi fordert Neuorganisation der Arbeit!

Wien (OTS) - "Der heutige 'Equal Pay Day' ist ein weiterer Anlass, einmal mehr eine innovative, Neuorganisation der Arbeitswelt zu fordern", stellt die Landesleiterin der Wiener ÖVP Frauen, Mag. Theresa Philippi fest. 60 Prozent der Gehaltsdiskriminierung sind Studien zufolge immer noch auf unbewußte Diskriminierung zurückzuführen. Diese wiederum habe ihre Ursache in den verfestigten Rollenbildern von Frauen und Männern.

In Zukunft müssen Phasen intensiver Erwerbsarbeit und Phasen, in denen Familienarbeit wie Kinderbetreuung und Pflege, aber auch andere Tätigkeiten wie Weiterbildung oder "Batterien-Aufladen" im Vordergrund stehen, abwechseln. "Dieses Modell gilt für Frauen und Männer gleichermaßen und bringt ein Abgehen von der bisherigen, linearen Arbeitsorganisation in eine zyklisch angelegte Arbeitswelt."

Die "Rush Hour" des Lebens (Familiengründung, Existenzaufbau, Karrieremachen) wird dadurch entlastet, aber auch Mobbing, Burn Out und eben die Gehaltsdiskriminierung gemildert. Durch die Vielfalt an Rollen und Phasen können Männer und Frauen mehr als ein Talent entfalten. Der Text "Lebensphasen statt Rollenbilder" ist unter www.theresa-philippi.at abrufbar.

Voraussetzung sei ein grundlegendes Umdenken in Wirtschaft und Gesellschaft und eine neue Einstellung zum Wert des Lebens, so Philippi weiter. Sie verwies auf bereits erfolgte, positive Vorgespräche mit dem Wirtschaftsbund und dem ÖAAB.

"Das Zeitwertkonto, das der ÖAAB vorschlägt und das derzeit in der oberösterreichischen Landesverwaltung getestet wird, ist es wichtiges Instrument zur Umsetzung des Lebensphasen-Modells, weil es erlaubt, in den intensiven Phasen Überstunden anzusparen und diese später wieder abzurufen", so Philippi abschließend.

Rückfragehinweis:
ÖVP Wien Frauen
Mag. Theresa Philippi
Tel.: 01 515 43 - 911

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/251/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:
Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265
Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information. Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist. ev. einem kurzen Hinweis, wo wir Sie einordnen können. Danke!